

ARGENTINIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit dem Amtsantritt des ultralibertären Javier Milei hat sich die politische Situation in Argentinien drastisch verändert. Wie auch 2015 und 2019 gab es einen politischen Richtungswechsel, herbeigeführt durch hart umkämpfte, aber eben auch friedliche Wahlprozesse, die von demokratischer Reife und Stabilität zeugten. Dies ist für Argentinien, das im 20. Jahrhundert von Staatsstreich und Militärdiktaturen erschüttert wurde, Anlass für verhaltenen Optimismus. Der Wahlsieg Mileis muss gleichzeitig als Ventil, vorläufiger Höhepunkt und dramatische Verschärfung einer politischen und wirtschaftlichen Krise verstanden werden, die diese Stabilität spätestens seit 2021 untergraben hat und eine Zerreißprobe für sie darstellt.

Quereinsteiger Javier Milei ist für Argentinien Politik eine neue Erfahrung und das überdeutliche Zeichen dafür, dass die traditionelle Politik den immensen Herausforderungen hilflos gegenübersteht. Der bisherige Dualismus zwischen Peronismus und Bürgerlichen ist durch Milei durcheinandergeraten. Allerdings bleibt die Dynamik in der politischen Kultur zwischen Peronismus und Anti-Peronismus bestehen. Der progressive, hauptsächlich von Cristina Kirchner geprägte Peronismus ist nicht nur in der Opposition, sondern befindet sich in einer Umbruchsphase. Progressive Peronist_innen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stehen dem Kurs von Milei noch immer recht hilflos gegenüber. Das bürgerliche Lager ist durch Milei gespalten: Die konservative Partei PRO ist eine Allianz mit Milei eingegangen, die Mehrheit der Vertreter_innen der Radikalen Partei reagiert positiv auf Mileis Politik, eine kleine Minderheit ist mit den Sozialist_innen in Opposition gegangen.

Milei fordert die politische Kultur und das Parteiensystem des Landes heraus, welches in der Vergangenheit vom Lagerkampf zwischen Peronismus und konservativ-bürgerlichen Parteien geprägt war. Der Peronismus gründet sich auf

eine in den 1940er-Jahren von General und Präsident Juan Domingo Perón ins Leben gerufene nationale, populistische, sozialreformerische und hierarchisch strukturierte Bewegung, deren Fortbestand und Bindekraft insbesondere auf die Popularität seiner Ehefrau Eva Perón zurückzuführen ist, die der Bewegung eine quasi-religiöse Dimension verlieh. Der Peronismus gilt dabei nicht allein als Partei oder politische Strömung, sondern ist Bewegung, Kultur und Methode in einem. Durch eine Politik der Fürsorge bindet der Peronismus seine Wähler_innen bis heute an sich. Aber auch Machinstinkt, Anpassungsfähigkeit an den Zeitgeist sowie ein stark personalisiertes Führungsprinzip zeichnen den Peronismus aus. Der politische Arm der Bewegung ist die Partei Partido Justicialista (PJ). Wichtiger Bestandteil sind zudem bis heute die von Perón zu einem Machtfaktor ausgebauten Gewerkschaften.

Javier Milei verkörpert die Erosion der traditionellen Parteienlandschaft. Der ehemalige Wirtschaftsdozent erklärte, dass er zwischen dem Staat und der Mafia die Mafia bevorzuge, forderte, die Zentralbank zu schließen und die Währung zu dollarisieren. Er befürwortete das freie Tragen von Waffen und legalen menschlichen Organhandel. Die Ablehnung der »politischen Kaste« ist das Kernstück seiner Rhetorik. Nach Amtsantritt veranlasste Milei eine Geldentwertung um 50 Prozent, die Anzahl der Ministerien zu halbieren, das Arbeitsrecht zu deregulieren und Preiskontrollen aufzuheben. Ein Gesetzespaket, das wegen seines ungeheuren Umfangs als Omnibus-Gesetz bekannt ist, sah neben der Privatisierung der Staatsunternehmen (v. a. Medien, Fluggesellschaften, Energie und Wasser), eine Reform des Bildungssystems, die Einschränkung der Versammlungsfreiheit sowie die Verhängung eines Ausnahmezustands für zwei Jahre vor. In diesem Fall wäre die Zustimmung des Kongresses bei weiteren Reformen nicht notwendig gewesen. Mileis Partei La Libertad Avanza verfügt lediglich über 41 von 257 Abgeordnete und ist auf Stimmen der bürgerlichen Bündnisse und Kleinparteien angewiesen. Mileis politischer Konfrontationskurs stößt in der institutionellen Demokratie immer wieder auf Hindernisse, aber dennoch gleitet er ohne eigene Mehrheit erstaunlich gut mit seinem Sparprogramm durch.

Sein »Kettensägen-Plan« hat zu einer Preisexplosion bei Lebensmitteln und Alltagsprodukten, zu einer Kürzung der Renten, der Schließung der Nachrichtenagentur, dem Einfrieren sämtlicher Infrastrukturprojekte, enormen Sparbudgets bei Universitäten und Schulen und zu ca. 43.700 Entlassungen im öffentlichen Sektor geführt. Diese Politik wird durch symbolische und mittlerweile auch sparpolitische Gesten im Kulturkampf ergänzt, beispielsweise durch das Verbot einer gender-sensiblen Sprache in staatlichen Einrichtungen, die Relativierung der systematischen Verfolgung in der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 und eine gezielte Entlassungs- und Sparpolitik im Bereich der Erinnerungskultur und ihrer Einrichtungen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Argentinien wird oft als Schwellenland des Globalen Südens bezeichnet. Allerdings stellt das Land einen Sonderfall dar, da es im Verlauf des 20. Jahrhunderts nicht von einem niedrigen auf ein mittleres Niveau aufgestiegen, sondern von einem hohen Entwicklungsstadium auf ein mittleres Niveau zurückgefallen ist. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist das Land in einem Teufelskreis von wirtschaftlicher Rezession, Inflation sowie stetig zunehmender sozialer Verelendung und Verschuldung gefangen.

Aufgrund des immensen, exportorientierten Agrarsektors, der extraktiven und verarbeitenden Industrie, kleiner, spezialisierter Bereiche der Wissensökonomie sowie im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas überdurchschnittlichen Bildungsniveaus hat das Land ein Potenzial, das nicht ausgeschöpft ist. Dies ist auch Folge der häufigen wirtschaftlichen und politischen Krisen, die wiederum durch einen fehlenden politischen und gesellschaftlichen Minimalkonsens befördert werden. Außerdem belasten weitere Aspekte wie die Priorisierung kurzfristiger Interessen, die geringe Qualität der Institutionen und eine hohe Konfliktivität das Entwicklungspotenzial.

Weiterhin ist die Inflation das aktuell wichtigste Thema. Der Verlust des Ersparnen oder der reale Lohnverlust gehören zum Alltag. Die Regierung Milei tut alles dafür, dass die Inflation sinkt (durch radikale Sparpolitik gepaart mit einem überbewerteten Peso). Laut der offiziellen Statistik des nationalen Statistikinstituts INDEC ist die Armutsrate von 52 auf 38 Prozent gesunken. Trotzdem gibt es nicht viel zu feiern: Beim Vergleich des dritten Quartals der Jahre 2023 und 2024 ist kaum eine Veränderung zu sehen (38,2 vs. 39,2 Prozent). Die angebliche Verbesserung spiegelt sich nicht in Beschäftigung, Reallöhnen oder Lebensstandard wider. Nachhaltige Armutsbekämpfung erfordert Investitionen und Beschäftigungsimpulse, vor allem in kleine und mittlere Unternehmen (KMU), mehr Produktivität, Technologie und eine Stärkung des Binnen- und Exportmarkts. Die Einkommen haben sich bisher nur für private, formell beschäftigte Personen etwas erholt – und nur im Vergleich zur drastischen Lage im ersten Quartal 2024. Öffentliche Bedienstete und prekär Beschäftigte haben reale Einkommensverluste erlitten. Die formelle Beschäftigung stagniert. Die Kaufkraft

der Haushalte ist weiterhin eingeschränkt, besonders durch steigende Kosten für Grundversorgung und Verkehr infolge sinkender Subventionen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die schwierige Wirtschaftslage prägt auch den Großteil der Gewerkschaftsarbeit in Argentinien. Löhne und staatliche Sozialhilfen werden von der Inflation aufgefressen. Obwohl Tarifverträge durch entsprechende Kollektivverhandlungen monatlich angepasst werden, erweist sich die Inflation als stärker. Seit Mileis Amtsübernahme ist die Inflation auf 2,4 Prozent monatlich gesunken.

Viele arme Menschen mit geringfügiger oder multipler Beschäftigung sind auf Nachbarschafts-Netzwerke und Suppenküchen angewiesen, doch letztere bekommen aktuell keine oder nur geringe staatliche Hilfe. In Argentinien existiert eine starke Interessenvertretung von Arbeiter_innen in prekären Verhältnissen. Ihre Vertreter_innen bezeichnen die Arbeit derjenigen, die in Kooperativen arbeiten oder in Gemeinden Hilfsaufgaben wahrnehmen, bewusst nicht als »informelle Wirtschaft«, sondern als Populärwirtschaft. Mittlerweile sind 35 Prozent der Arbeitnehmer_innen außerhalb der formellen Wirtschaft tätig, d.h. sie besitzen keine Arbeitsrechte wie Rentenbeiträge, bezahlten Urlaub oder eine Sozialversicherung.

Verschiedene soziale Bewegungen gründeten daher ihre eigene Gewerkschaft, die Unión de Trabajadores de la Economía Popular (Union der Arbeiter_innen der Populärwirtschaft), die UTEP. Die Hauptaufgabe besteht darin, diese neue Arbeitsrealität sichtbar zu machen und als Interessenvertretung zu fungieren.

Die Regierung Milei möchte libertäre Reformen in der Arbeitsgesetzgebung durchsetzen, und wird dabei von bürgerlichen Kreisen unterstützt. Die aktuelle Regierungslinie ist anti-gewerkschaftlich, allerdings versuchen bestimmte Sektoren der CGT pragmatisch mit der Situation umzugehen. Aufgrund sehr konträrer Vorstellungen über wichtige Aspekte der Wirtschaft und Arbeitswelt von morgen wie die Zukunft der (Aus-)Bildung und der Arbeit, Digitalisierung, Klimawandel, Reformen in den Arbeitsbeziehungen usw. gibt es bezüglich der Art von Reformen keinen Konsens. Statt Ideen für progressive Reformen zu diskutieren sehen sich Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Milei-Ära in der Position, fundamentalste Errungenschaften verteidigen zu müssen – an Zukunftsfragen ist kaum zu denken.

GEWERKSCHAFTEN IN ARGENTINIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Gewerkschaften spielen in Argentinien seit den 1940er Jahren eine zentrale politische Rolle. Unter der ersten Regierung des Generals Juan Domingo Perón (1946 bis 1955) wurde die

bis dahin fragmentierte Gewerkschaftslandschaft in zentralistisch geführte Branchenorganisationen umgewandelt und in dem seit 1930 existierenden Dachverband Confederación General del Trabajo de la República Argentina (CGT) zusammengefasst. Das damals geschaffene Gewerkschaftsgesetz gilt in seinen Grundlagen bis heute. Der Staat erkennt pro Branche und Aktivität nur eine Gewerkschaft als tariffähig an. Alle anderen Gewerkschaften werden zwar registriert, wesentliche Funktionen, wie zum Beispiel Tarifverhandlungen, werden ihnen aber vorenthalten. Dies steht im klaren Widerspruch zu den Prinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Bis heute gilt daher nur die CGT als staatlich anerkannter Dachverband. Der jüngere Dachverband, die Central de Trabajadores y Trabajadoras de la Argentina (CTA), besitzt hingegen keinen Gewerkschaftsstatus, sondern nur eine Gewerkschaftsregistrierung.

Die Bedeutung der Gewerkschaften wuchs gesellschaftspolitisch nochmals an, als ihnen in den 1960er Jahren relevante Teile der Gesundheitsversorgung übergeben wurden, die »obras sociales« (Krankenkassen). Heute besitzt ein Drittel der argentinischen Gesellschaft eine Krankenversicherung über ihre Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Aktuell bestehen in Argentinien mehr als 3.000 Gewerkschaften. Das vorherrschende Modell sind Branchengewerkschaften, keine Betriebsgewerkschaften wie in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern. Der Organisationsgrad ist im weltweiten Vergleich hoch: 37 bis 40 Prozent der formell Beschäftigten sind Mitglied einer Gewerkschaft. Im öffentlichen Sektor liegt der Anteil mit ca. 46 Prozent höher als im privaten mit ca. 35 Prozent. Die tariflich ausgehandelte Gewerkschaftsabgabe von ein bis drei Prozent des monatlichen Gehalts sowie die Krankenversicherungen sind wichtige Finanzquellen für die Gewerkschaftsverbände. Mitglieder kommen über ihre Gewerkschaft in den Genuss von Gesundheits- und Erholungsleistungen, Tourismusangeboten oder Weiterbildungsprogrammen. Zudem führt das in

Argentinien vorherrschende Organisationsprinzip der Branchengewerkschaften dazu, dass 83 Prozent der formellen Beschäftigungsverhältnisse der Tarifbindung unterliegen. Die beschriebene steigende Informalität relativiert diese Tatsache allerdings zunehmend.

Die Organisation der Arbeiter_innen in der informellen Wirtschaft begann in den 1990er Jahren und nahm nach 2001 an Bedeutung zu. Die Cartoneros (Papiersammler) erlangten in der Stadt Buenos Aires eine offizielle Anerkennung sowie Zugang zu einer Reihe von Geld- und Sachleistungen. 2011 entstand die Confederación de Trabajadores de la Economía Popular (CTEP), die sich im Dezember 2019 gemeinsam mit anderen Interessenvertretungen zur UTEP weiterentwickelte und im März 2021 staatlich anerkannt wurde. Es ist die erste erfolgreiche institutionelle Anerkennung einer gewerkschaftlichen Vertretung von Arbeiter_innen ohne Arbeitgeber_innen. Nach Schätzungen des nationalen Statistikinstituts INDEC beläuft sich die informelle Wirtschaft auf etwa 3,5 Millionen Menschen, was elf Prozent der städtischen Bevölkerung und fast sieben Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht (die UTEP hingegen spricht von sechs Millionen). Es gibt Gespräche zwischen der UTEP und CGT über die Aufnahme der UTEP in den Gewerkschaftsverbund. Dies ist jedoch politisch sensibel, da die UTEP mit ca. drei Millionen Mitgliedern die CGT-Machtverhältnisse stark verändern würde und die bis jetzt stärksten Mitgliedsgewerkschaften (v. a. Metall, Handel, Transport, öffentlicher Sektor) erhebliche interne Machtverluste erleiden würden. In jedem Fall ist die Gründung der UTEP für die traditionellen Verbände eine neue Realität, auf die bisher noch eher achselzuckend oder traditionell (»sie sollten formalisiert werden«) geantwortet wird.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaften genießen in Argentinien einen hohen rechtlichen Schutz. Im nationalen Gesetz 23.351 ist ein starker Schutz der Arbeitnehmer_innen für gewerkschaftliche Aktivitäten verfassungsrechtlich enthalten. Argentinien hat die wichtigsten ILO-Konventionen ratifiziert, inklusive Kon-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Argentinien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confederación General de Trabajadores, CGT (Allgemeines Arbeiterbündnis)	Geteilter Vorsitz: Héctor Daer, ATSA (Verband der Beschäftigten im Gesundheitswesen), Carlos Acuña, SEOESG y PE (Gewerkschaft der Tankstellen- und Parkplatzangestellten)	2 000 Mitgliedsgewerkschaften (1 000, zzgl. ca. 1 000 ohne offizielle Registrierung)	IGB, CSA, CCSCS
Central de Trabajadores Argentinos (CTA) (Zentrale Argentinischer Arbeiter_innen)	Generalsekretär_in der pro-Kirchner CTA-T de los Trabajadores: Hugo Yasky (Lehrer) Generalsekretär_in der CTA Autónoma: Hugo Godoy (ATE)	1,4 Mio.	IGB, CSA, CCSCS
Unión de Trabajadores de la Economía Popular, UTEP (Vereinigung der Arbeiter_innen der Populärwirtschaft)	Generalsekretär: Alejandro Gramajo (»Peluca«)	ca. 3 Mio.	–

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Argentinien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federación de Empleados de Comercio y Servicios, FAECYS (Bund der Handels- und Dienstleistungsangestellten)	CGT	Armando Cavalieri	1,2 Mio.	UNI
Unión Obrera de la Construcción de la República Argentina, UOCRA (Baugewerkschaft der Argentinischen Republik)	CGT	Gerardo Martínez	400 000	BWI
Federación Nacional de Trabajadores Camioneros (Nationaler Bund der Lastkraftwagenarbeiter_innen)	CGT	Hugo Moyano	200 000	ITF
Unión Obrera Metalúrgica, UOM (Gewerkschaft der Metallarbeiter_innen)	CGT	Francisco Abel Furlán	300 000	IndustriALL
Sindicato de Mecánicos y Afines del Transporte Automotor, SMATA (Gewerkschaft der Kraftfahrzeugmechaniker_innen und verwandter Automobilberufe)	CGT	Ricardo Pignanelli	90 000	IndustriALL
Confederación de Trabajadores de la Educación, CTERA (Bündnis der Arbeiter_innen im Bildungswesen)	CTA	Sonia Alesso	100 000	EI
Federación de Trabajadores de la Energía, Industria, Servicios y Afines, FEITIA (Bund der Energie-, Industrie-, Dienstleistungs- und verwandten Arbeiter_innen)	CTA	Andrés Wasiejko	30 000	IndustriALL
Asociación Trabajadores del Estado, ATE (Vereinigung der Staatsangestellten)	CTA	Rodolfo Aguiar	300 000	CLATE

vention Nr. 189 über menschwürdige Arbeit für Hausangestellte. Hierzu gibt es auch eine nationale Gesetzgebung. Kollektivverhandlungen im öffentlichen wie privaten Sektor sind in den Gesetzen 14.250 und 23.456 festgelegt. Die ILO-Konventionen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Recht zu Kollektivverhandlungen) hat Argentinien bereits 1954 ratifiziert. Der Beitritt zu einer Gewerkschaft ist ab dem Alter von 14 Jahren möglich (mit elterlicher Genehmigung).

Argentinische Gewerkschaften haben einen schlechten Ruf. Ihre männlichen Führungsfunktionäre gelten als korrupt und konservativ. Liberale Kritiker_innen möchten nichts lieber als die störenden argentinischen Gesetze zum Arbeitnehmerschutz flexibilisieren. In den Massenmedien werden Gewerkschaften per se als »Unruheherde« oder korrupte Organisationen dargestellt. Aufgrund des korporatistischen Staatsmodells genießen Gewerkschaften Privilegien und Funktionen, die es anderswo so nicht gibt (z. B. Krankenversicherung). Auch die Koalitionsfreiheit ist eingeschränkt, da nur Gewerkschaften (eine pro Branche) mit Gewerkschaftsstatus nach argentinischem Recht an Lohnverhandlungen teilnehmen dürfen. Abschnitt 29 des Gesetzes Nr. 23551 von 1998 über Gewerkschaftsvereinigungen sieht vor, dass einer Unternehmensgewerkschaft der Gewerkschaftsstatus nur dann gewährt werden kann, wenn in dem geografischen Gebiet, dem Beruf oder der Kategorie keine andere Organisation mit Gewerkschaftsstatus existiert. Daher haben es Neugründungen von Gewerkschaften oder Dachverbänden wie die CTA nicht leicht.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Die argentinischen Gewerkschaften sind stark mit der peronistischen Bewegung verzahnt. Sie sind nur bedingt Akteur einer sozial-politisch progressiven Agenda. Es gibt einige Faktoren, die einer unabhängigeren, aktiven politischen Rolle jenseits der reinen Tarifpolitik entgegenstehen, und verhindern, dass auch andere Themen wahrgenommen und eingebracht werden. Dazu gehören zum Beispiel die zu große parteipolitische Abhängigkeit, fehlende Diversität in hohen und mittleren Führungspositionen, politisches Denken, das stark in der Vergangenheit und kaum in der Zukunft verankert ist, sowie fehlender Wettbewerb und mangelnde Selbstkritik in den eigenen Reihen.

Die größten Herausforderungen für Gewerkschaften in Argentinien sind daher:

- Entwicklung gewerkschaftlicher Positionen zur Digitalisierung und Arbeit der Zukunft
- Entwicklung gewerkschaftlicher Positionen zu Umwelt, Klimawandel und nachhaltige Wirtschaft;
- Entwicklung und Verhandlung gemeinsamer gewerkschaftlicher Positionen;
- Integration der Arbeiter_innen des informellen Sektors;

- Bekämpfung der rapide gestiegenen Zahl informeller, prekärer bzw. nicht registrierter Arbeitsverhältnisse sowie Entwicklung gewerkschaftlicher Politiken, die darauf abzielen, auch diese Sektoren gewerkschaftlich zu erfassen; hierzu gibt es einige Ansätze in der CTA;
- Demokratisierung durch einen längst überfälligen Generationenwechsel sowie die Transformation mit Integration von Frauen in die Verbands- und Machtstrukturen;
- Transparenzinitiativen gegen Bereicherungspraktiken in den Führungszirkeln verschiedener wichtiger Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften;
- Änderungen in dem bestehenden Gewerkschaftsgesetz, die darauf abzielen, politisch diskriminierte oder marginalisierte Gewerkschaften rechtlich gleichzustellen; in diesem Sinne gibt es einige Urteile des Obersten Gerichtshofs, die in diese Richtung gehen, aber politisch nicht umgesetzt werden;
- Überwindung der oft gewalttätigen innergewerkschaftlichen Konflikte;
- verstärkte Nutzung der Tarifpolitik nicht nur für Lohnverhandlungen, sondern auch für andere Bereiche (wie z. B. Digitalisierung, Homeoffice, berufliche Fortbildung, Umweltstandards, Gewalt am Arbeitsplatz).

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die argentinischen Gewerkschaften sind durch einen starken Pragmatismus geprägt, der sie befähigt, sowohl mit links- und rechtsperonistischen als auch mit nichtperonistischen Regierungen einen Modus vivendi zu finden. Aufgrund der neoliberalen Politik des peronistischen Präsidenten Carlos Saúl Menem konstituierte sich 1994 mit der CTA ein zweiter Dachverband mit demokratischer und linker Ausrichtung. Die CTA ist vor allem im öffentlichen Sektor präsent und ihre Forderungen in Bezug auf Lohnerhöhungen, die Beteiligung von Frauen und jungen Menschen sowie das Hinterfragen des ökonomischen Modells sind radikaler bzw. links des Mainstreams. Seit den Regierungsjahren von Cristina Fernández de Kirchner (2007 bis 2015), die mit gesellschaftlicher Polarisierung einher gingen, ist die CTA in zwei Fraktionen gespalten: die CTA-T (Pro-Kirchner) und CTA-A (Anti-Kirchner).

Während der letzten Jahre hat sich die Gewerkschaftsszene neu sortiert: Die CGT-Fraktionen bilden seit 2016 durch die Wahl einer Dreier-Führung wieder eine Einheit. Beide CTA-Dachverbände haben im Oktober 2024 angekündigt, sich wieder zu vereinen. Durch die Politiken der Milei-Regierung treten die Gewerkschaftsverbände gemeinsam auf und zeigen eine politische Öffnung hin zu anderen Oppositionsgruppen (z. B. Präsenz am Gedenktag der Opfer der Militärregierung / 24. März 2024 und 2025 und Präsenz und Solidarität mit der LGBTQI+-Community / 1. Februar 2025).

Argentinische Gewerkschaften erringen i. d. R. gute Tarifverträge für Mitglieder und Nichtmitglieder, die ebenfalls davon profitieren. Andererseits – und das sind die Punkte, die v. a. das Bild in der Öffentlichkeit prägen – gibt es eindeutige interne Demokratiedefizite. Vor allem die Gewerkschaftsführer sind anfällig für Korruption, es gibt punktuell gewaltsame innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen, seit Jahrzehnten steht ein Generationenwechsel aus. Die CGT ist an ihrer Spitze zu hundert Prozent männlich – und das in einem Land, das in den letzten Jahren wegen seiner starken Frauenbewegung auch international Schlagzeilen gemacht hat. Die Entscheidung der CGT im November 2021, den Vorstand und andere Sekretariate paritätisch zu besetzen, ist daher ein wichtiger Schritt.

Die COVID-19-Pandemie hat fehlendes Wissen der Gewerkschaften in den Bereichen Digitalisierung, neue Technologien und Arbeit der Zukunft offenbart. Jüngere, IT-affine Vertreter_innen haben so eine Chance in ihre Verbände einzuwirken. Auch die einfache virtuelle Teilnahme an Fortbildungen wird Auswirkungen auf die zentralisierten internen Strukturen haben.

Die CGT ist eindeutig der politisch gewichtigste Dachverband. Die Führung der CGT wird historisch von den traditionell-peronistischen Kräften dominiert, die vor allem die großen Einzelgewerkschaften kontrollieren. Die CGT versteht sich nicht als innovativer progressiver Dachverband, sondern beschränkt sich auf die Verteidigung von Rechten und konzentriert sich auf Fragen der Tarifpolitik. Allerdings scheint sich dies in der Ära Milei zu ändern. Die CGT war erstmals 2024 offiziell am Gedenktag für die Opfer der Militärdiktatur und der Menschenrechte gemeinsam mit den großen Menschenrechtsorganisationen wie Madres y Abuelas de la Plaza de Mayo und CELS dabei. 2025 hat sich dies wiederholt, auch ihre Solidarität mit anderen Gruppen, deren Menschenrechte von Milei angegriffen werden, macht sie publik. Auch mit einer Reihe an Einzelgewerkschaften wie denen der Automobilindustrie, des Gesundheitsbereichs, der Universitäten, der Lebensmittelindustrie und der Informatik gibt es Kooperationen, die sich während und aufgrund der Pandemie verstärkt haben. Die Gewerkschaften schätzen die Vernetzungsmöglichkeiten über die FES sehr. In verschiedenen CGT-Gewerkschaften gibt es Versuche, die internen Willensbildungsprozesse demokratischer zu gestalten, was jedoch auf Widerstände stößt.

Der Gewerkschaftssektor wird sich durch die genannten Aspekte (UTEP / informeller Sektor, Frauenbewegung, Veränderung der Arbeitswelt) in den nächsten Jahren weiter verändern und entwickeln. Hier bleibt abzuwarten, ob die Gewerkschaften es schaffen werden, gemeinsame Positionen zu entwickeln und etwa die Tarifpolitik neben Lohnverhandlung auch für andere Themen zu nutzen. Da Argentinien eine für Lateinamerika ungewöhnlich starke Gewerkschaftsbewegung hat, wird dies auch für den Rest des Kontinents relevant sein.

Dr. Svenja Blanke, Leiterin und Repräsentantin,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Argentinien

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Ulrich Storck, Referent für Brasilien, Uruguay,
Gewerkschaften und Handel
ulrich.storck@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.